

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
an Tagen nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur
(mit Ausnahme der Bellage
Neue Welt):
Franz Bethge, Magdeburg.
Verlag von D. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6.
Druck von L. Arnoldt,
Magdeburg.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementpreis:
Vierteljährl. inkl. Frangirgeln
2 Mt. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den
Gabelstellen 2 Mt., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mt.
inkl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummern 10 Pf.
Zettdruck Nr. 7242.
Insertionsgebühr 15 Pf.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt 1.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 277.

Magdeburg, Donnerstag, den 26. November 1896.

7. Jahrgang.

Werbe jeder Genosse unablässig für seine gewerkschaftliche Organisation und für neue Abonnenten der Volksstimme.

Der Streit der Hafnarbeiter.

Hamburg, den 29. November.

Heute morgen sind den Rhebern die Forderungen unterbreitet. Sie lauten: Heuersatz für die Matrosen 70, Heizer 85, Trimmer, Steward 75 Mark, Ueberstunden 50 Pfg; Gründung eines eigenen Heuerbureaus. — Die Hamburger Rheber publizieren einen Beschluß, wonach die Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder anfangen können. Wer sich bis Mittwoch nicht fügt, wird nicht wieder eingestellt. In wenigen Tagen steht Ersatz aus Italien zur Verfügung — diese Patrioten. Die Ausständigen lassen sich jedoch nicht einschüchtern. In Hafen ruht die Arbeit fast gänzlich. Von auswärts herangezogene Kräfte verlassen bald wieder die Arbeitsstätte. Auch die Hamburger Seeleute beabsichtigen, sich den Hafnarbeitern anzuschließen. Bekannt gegeben wurde, daß auch die Bremer Hafnarbeiter der Lagerhausgesellschaft einen Kohntarif unterbreiten wollen. Die Seeleute in London haben beschloffen, die von Hamburg kommenden Schiffe nicht zu löschen. — Die Hafnerpolizei ist verstärkt und verhindert jeden Verkehr der Ausständigen mit den zur Arbeit sich meldenden Arbeitern. Wie werden die Rheber erfreut sein. —

Weg mit der Strafknechtschaft!

Professor Barga, der an der Grazer Hochschule die Rechte lehrt, hat ein Buch geschrieben, in welchem er die Abschaffung der „Strafknechtschaft“ fordert. Er will damit gleich in und mit dem Titel seines Wertes sagen, daß das gegenwärtige Strafrecht die Freiheit und die Persönlichkeit des in Strafe zu nehmenden Menschen nicht entsprechend achtet. Er wählte deshalb einen Ausdruck aus dem altrömischen Rechtswesen, den der „Strafknechtschaft“, womit jene Knechtschaft oder Sklaverei bezeichnet wurde, in die ein Freier durch strafrechtliche Entscheidung versetzt werden konnte. Es giebt Leute, die es den Sozialisten sehr abeln nehmen, wenn sie von der Lohnsklaverei unserer Tage reden, denen wird es auch nicht in den Kopf wollen, daß es noch andere Sorten von Menschen giebt, deren Daseinsbedingungen sich nicht von der Lage eines altrömischen Sklaven unterscheiden. Wenn wir uns die Schilderungen verschiedener gerichtshundig gewordener Militärknechtungen der letzten zehn Jahre vergegenwärtigen, müssen wir zugestehen, daß diese Opfer des Militarismus ebenfalls ihre Lage der von Sklaven gleich finden durften. Und der Lohnsklave wie der Soldat sind verfassungsmäßig freie Männer! Das ist nun nicht der Fall bei demjenigen, der eine Freiheitsstrafe verbüßt. Unser Strafvollzug, selbst in leichteren Fällen, selbst den sogenannten Haftgefangenen gegenüber, trägt alle Kennzeichen der Knechtschaft und Sklaverei. Da werden die unangenehmsten Erniedrigungen und Qualereien, als Kostbeschränkung, Anschließen an die Kette, ja in vielen Anstalten — z. B. im reaktionären Königreich Sachsen — körperliche Züchtigung gesetzt auf „Insubordinationsvergehen“ u. dergl. Wie es in den Anstalten zum Vollzug schwererer, etwa der Zuchthausstrafen zugeht, davon kommt nur sehr wenig zur Kenntnis weiterer Kreise. Naturgemäß wollen die freigelassenen Strafknechte (servi poenae nannten sie die Römer) so wenig als möglich an die Zeit ihrer Qual und Schmach erinnert sein, und ihrerseits nachträglich Klage zu machen, wäre wohl in 99 von 100 Fällen ein recht schwieriges Unternehmen. Was aber trotzdem durch die Kerkermauern herausbringt in Verbindung mit dem, was allgemein bekannt ist, hat unseren Autor gewährt, von einer Knechtschaft zu reden, die noch im modernen Verfassungsstaat besteht. Barga findet, daß beim gegenwärtigen Strafvollzug geredet werden könne von einer „körperlichen und seelischen Peinigung, Entehrung, Knechtschaft oder gar Abschächtung des Sträflings“. Dieselbe werde „zu einem tödlichen Schlag für ihn, der ihn entweder völlig dahm rafft, oder doch für sein ganzes Leben zu einem gebrandmarkten moralischen und oft genug auch schadenstroph um seine Gesundheit betrogenen physischen Krüppel mache, wo doch im Gegenteil behufs Erzielung seiner rechtmäßigen Lebensführung und moralischen Besserung seine physischen und physischen Kräfte nicht herabgesetzt, sondern thätigst gehoben werden sollten.“

Das ist jedenfalls schwer zu widerlegen. Robeiten kommen genug vor, und auf nicht allzu stumpfe oder weniger charakterstarke Naturen wirkt schon die normale Gefangenenbehandlung wie Mißhandlung und Folter. Nehmen wir noch darauf Rücksicht, daß Rechtsirrthümer der Strafsjustiz durchaus nicht so selten sind, wie die satte Tugend und zahlungsfähige Moral sich träumt, so kann man nicht umhin, zuzugestehen, daß die strafende Staatsgewalt selbst schon viel zur Züchtung von Staatsfeinden beiträgt. Durch Schließung unserer Zucht- und Strafhäuser würde sicher eine der Hauptquellen der modernen Kriminalität, würde eine ganze Reihe von Hochschulen des Verbrechertums beseitigt. Man zeige uns den Sträfling, der eine solche Anstalt „gebessert“ verlassen hat! „Gebrochen“ wanken sie wohl jahraus jahrein in großen Scharen nach Verbüßung namentlich längerer Strafen wieder in die Freiheit hinaus, aber damit hat die Gerechtigkeitspflege den Sträfling im günstigen Falle unschädlich gemacht für die Gesellschaft, die nun wohl ihre „Rache“ geübt, aber auch eines ihrer Mitglieder um etliche Menge Eigenschaften gebracht hat, durch welche der Gestrafte ihr hätte nützlich werden können. Aber hundert Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte vom 26. August 1789 sind leider die Schutzwehren der Einzelpersonlichkeit gegen Unterdrückungen und Unrecht seitens der organisierten Gesellschaft, des Staates, schwächer und gichtbrüchiger wie nur jemals. Der Staat tritt dem einzelnen gar so oft feindselig entgegen, daß der Zug zum Anarchismus leider eine betrübliche Erklärung findet. Den Organen des Staates: Schutzmann, Staatsanwalt, Richter, Exekutor und wie sie alle heißen, stehen die weitaus meisten Staatsangehörigen so gegenüber, daß sie ihnen in möglichst weiten Bogen aus dem Wege gehen; Abneigung und Furcht sind hauptsächlich die Empfindungen, welche diese Organe im „gemeinen Mann“ erregen. Wer das in Abrede stellt, kennt die Verhältnisse nicht, kennt vor allem das Volk nicht. Ein Kritiker der Münchener Allgemeinen Zeitung (wissenschaftliche Beilage Nr. 231 dieses Jahres) leugnet, daß in Deutschland der verurtheilte Verbrecher gemartert werde; geprügelt werde er nicht überall, z. B. nicht in Bayern, was ich nicht nachprüfen kann, und wo es geschieht, dienen die Prügel nur als Disziplinarmittel. Dazu ist aber zu bemerken, daß dem Kritiker doch wohl die persönliche Erfahrung fehlt, ob Disziplinärprügel weniger weh thun, als solche, die auf Grund eines Urteils verabschiedet werden. Er meint, es handle sich beim Bestrafen doch nicht nur um den Verbrecher, sondern in erster Linie um den durch jenen Verletzten. Daraus wäre notwendig zu folgern, daß es nur Strafen auf Antrag der Verletzten geben dürfte und daß ein Verletzter auch den Vollzug der Strafe hindern könnte, wenn er gesonnen wäre, seinem Beleidigter zu verzeihen, was nicht der Fall ist. Derjelbe Kritiker findet, es sei notwendig, daß die Strafe als Vergeltung für gethanes Unrecht vom Gestraften schmerzhaft empfunden werde. Barga will von dem Begriff der Vergeltung nicht soviel wissen, diese erscheint ihm fast als befriedigte Rachsucht. Zudem ist er Determinist, leugnet also den freien Willen der Menschen, also auch den zum Begehen von Verbrechen. Er sagt, die „pathologische Nervenschwäche“ des Verbrechers werde „durch das Erleiden einer zumeist zur Verzeiwung treibenden entehrenden Mißhandlung nur noch verschlimmert“. Wir können uns hier auf die Einzelheiten dieser Streitfrage sowie auf das Buch Bargas nicht näher einlassen, von dem übrigens auch jetzt noch nur der erste von zwei Teilen vorliegt, auf die es angelegt ist. Aber wir sehen in dem Werke einen vernehmlichen Hinweis auf die Reformbedürftigkeit unseres Strafvollzuges. Wegfallen müßte vor allen Dingen die barbarische Todesstrafe, ferner wäre nötig, alle Anstalten des Strafvollzuges unter eine scharfe und durchgreifende Volkskontrolle zu stellen, die jede Mißhandlung, auch solche im Namen der Disziplin, möglichst unmöglich mache, im vorkommenden Falle aber unmissichtlich streng bestrafe. Auf Bargas positive Vorschläge kommen wir vielleicht an anderer Stelle zurück.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 24. November 1896.

Der Reichstag war am Dienstag bei Fortsetzung der zweiten Beratung der Justiznovelle fast eben so schwach besetzt wie am Montag. Ein von konservativer Seite durch den Abg. Hünburg unternommener Versuch, die Beschränkung des Anlagemonopols der Staatsanwaltschaft wieder zu beseitigen, scheiterte. Von den Beschloffen

zur Strafpflichtordnung ist die Annahme der Paragraphen besonders hervorzuheben, die die sofortige Aburteilung eines auf frischer That Ergreifenen gestatten. Hierzu wurde ein Abänderungsantrag des Centrumsabgeordneten Schmidt-Warburg angenommen, wonach in derartigen Fällen bei Vertagung der ersten Verhandlung mindestens zwei Tage vor dem neuen Termin den Angeklagten eine Anklageschrift zuzustellen ist. Eine längere Debatte verursachte noch ein Antrag v. Strombeck, zu § 239, betreffend das Recht der Schöffen und Richter, an Zeugen, Sachverständige und Sachverständige Fragen zu stellen. Diesen Antrag bekämpfte Abg. Murr (F.-S. Wpt.) mit dem Hinweis darauf, daß seine Annahme nur die Situation des Angeklagten verschlechterte, dagegen die Ruhe der Verhandlung fördern würde. Nach Ablehnung des Strombeck'schen Antrags wurde die Beratung auf Mittwoch vertagt. — 131. Sitzung vom 24. November, 1 Uhr. Fortsetzung der zweiten Beratung der Novelle zur Strafpflichtordnung. § 152 behandelt die Erhebung der öffentlichen Anklage durch die Staatsanwaltschaft. Die Kommission will die Staatsanwaltschaft bei einer Reihe von Vergehen zur Ablehnung der Erhebung der öffentlichen Anklage wegen mangelnden öffentlichen Interesses berechtigen. Ein gestern begründeter Antrag von Buchta will diesen Zusatz wieder streichen. Abg. Stadthagen (Soz.) bekämpft ebenfalls den Kommissionsbeschluß, der das Legalitätsprinzip durchbricht. Der Antrag der öffentlichen Klage durch die Privatklage würde nur zum Nachteil der minder wohlhabenden Klassen dienen, denen die Mittel zur Privatklage fehlten. Der Staatsanwaltschaft es zu überlassen, ob sie die Anklage erheben wolle oder nicht, heiße statt der Berechtigtheit die Willkür setzen, denn es würde später die Frage, ob ein öffentliches Interesse vorliege oder nicht, von der politischen Stellung des Thäters abhängig gemacht werden. Keinesfalls handle es sich hier, wie der Regierungsvertreter gestern meinte, um Bagatellen; bei strafbarem Eigennutz im Sinne des § 289 des Strafgesetzbuches könnte sogar auf Verlust der bürgerlichen Ehren erkannt werden. Redner erinnert an den sozialdemokratischen Redakteur Hülle, der von dem Staatsanwalt Lorenz beleidigt wurde und auf dem Weg der Privatklage verurtheilt ward, während Hülle selbst, weil er die Ehre der Staatsanwaltschaft verletzt hatte, unter öffentliche Anklage gestellt wurde. Hier könne man sehen, wie mit zweierlei Maß gemessen werde. Geheimrat Lukas hält es für ganz ausgeschlossen, daß eine Staatsanwaltschaft die Erhebung der Anklage ablehnen könnte, wenn irgend eine bedeutende Straftat vorliege. Der Kommissionsbeschluß habe nur die wirklich ganz leichter Fälle im Auge. Die Staatsanwaltschaft verfährt nicht, wie der Vorredner behauptet hat, nach Willkür, sondern nach Recht und Billigkeit; lehnt sie die Einleitung des Verfahrens ab, so stehe dem Betroffenen der Beschwerdebeweg offen, und nütze auch dies nichts, so soll ihm jetzt die Möglichkeit geboten werden, sein Recht im Wege der Privatklage zu verfolgen. Abg. Salisch (konj.) unterstützt den Antrag Buchta. Abg. Güttinger (Npt.) behauptet, daß die Privatklage in diesem Gesetzentwurf ausgedehnt werde. Die Privatklage erschwere den Rechtsweg. Staatssekretär Nieberding: Der vorliegende Paragraph gehört gewiß nicht zu denen, von denen die Annahme oder Nichtannahme des Gesetzes abhängt. Die Privatklage sei eine nicht zu unterschätzende Fortbildung des Strafprozessrechtes. Wenn man den Hebereiher des Staatsanwaltes als ein Uebel empfinde, so müsse hierfür nicht die Person des Staatsanwaltes, sondern das bestehende Recht verantwortlich gemacht werden. Der Vorschlag der Kommission suche diesem Uebelstande abzuhelfen. Abg. Broekmann (Str.) empfiehlt die Vorschläge der Kommission. An der weiteren Debatte beteiligten sich Abg. Pieschel (Npt.), Geheimrat Lukas, Abgg. Stadthagen und Salisch. Der Antrag Buchta wird abgelehnt und die Kommissionsfassung angenommen. Hierauf wird der bisher zurückgestellte § 127 des Gerichtsverfassungsgesetzes, der von der Zuständigkeit der Schöffengerichte handelt, in der Kommissionsfassung angenommen. Alsdann wird in der Beratung der Strafpflichtordnung bei § 156 fortgefahren. Derselbe wird angenommen und § 176, der die Voruntersuchung in Strafsachen behandelt, wird in der Kommissionsfassung angenommen, desgleichen eine Reihe weiterer Paragraphen. § 211, der die sofortige Aburteilung der auf frischer That Verurtheilten behandelt, wird mit einem Antrage Schmidt-Warburg (Str.) angenommen, wonach die Mitteilung der Anklageschrift an den Angeklagten bei Ansetzung eines neuen Termins spätestens zwei Tage vor diesem erfolgen muß. Zu § 239 beantragt v. Strombeck (Str.), der Vorsitzende habe den beistehenden Schöffen und Richtern, sowie den Geschworenen zu gestatten, Fragen an die Zeugen, Sachverständigen und den Angeklagten zu stellen. Geheimrat v. Lenthe widerspricht dem Antrage, der unzulässig sei. Der Antrag Strombeck wird hierauf abgelehnt. Darauf vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 5.20. — Gegen die Forderungen des Marinetaats gedankt die Centrumsfraktion energisch zu opponieren. Hierzu bemerkt die Magdeburger Zeitung: „Wie lange diese Mühen anhalten wird bleibt abzuwarten; das Centrum hat erst kürzlich wieder den Beweis geliefert, daß es sich seine Stellung zur Regierung nicht verderben will.“ Aus dem Munde eines Nationalliberalen klingen diese Worte höchst belustigend. Bekanntlich haben die Nationalliberalen, um ihre Stellung zur Regierung nicht zu verderben, das Centrum in der Bewilligung für Militärmede stets übertrumpft. — Die Weihnachtsferien beginnen am 18. Dezember und dauern bis 8. Januar 1897. — Die Kommission für Arbeiterstatistik tritt im Dezember wieder zusammen. —

Auf dem Papier ist der Reichstag jetzt nach Beendigung der Nachwahl in Sieben, vollständig, was nicht häufig vorkommt. In Wirklichkeit schweben von den 397 Mitgliedern durchweg mehr als 300 die Sitzungen. Als gestern die Sitzung eröffnet wurde, waren noch nicht 20 Abgeordnete zugegen, deren Zahl auch kaum über 50 hinausging. Es fehlten also ungefähr 340 Abgeordnete.

Das Abgeordnetenhaus überwiegt am Dienstag nach kurzer Beratung die Vorlage, betr. die Verstaatlichung der heftigen Ludwigsbahn nebst dem dazu gehörigen Nachtragset an die Budgetkommission. Die erste Beratung der Konversions-Vorlage war nur kurz und endete gleichfalls mit Ueberweisung des Entwurfs an die Budgetkommission.

Kongress der National-Sozialen.

(Eigener Bericht)

M. P. Erfurt, den 23. November.

Nach der Mittagspause nimmt das Wort Prof. Max Weber aus Freiburg. Er würde die Schaffung einer nationalen Arbeiterpartei an sich gut heißen; die Arbeiter müßten dadurch von Marx befreit. Das Marx'sche System liege nach der Herausgabe des dritten Bandes des „Kapitals“ theoretisch am Boden. Es soll hier aber eine Partei der Mäßigsten und Beladenen gegründet werden. Was soll denn mit denen geschehen, die erst zur „Arbeit“ gehören und denen es später besser geht? Müßten sie aus der neuen Partei ausschließen? Eine solche Partei, die die Besitzenden ausschließt, ist unmöglich, ist rückwärtlich. Heute fragt es sich in Deutschland, ob das bürgerliche oder das feudale herrschen soll. Die Sozialdemokratie hat der Reaktion gedient, weil sie ihren Einfluß gegen das Bürgerium in die Lagische wirft. Die neue Partei müßte das Bürgerium stärken und die bürgerliche Freiheit. Die Stellung der Zeit zur Polenfrage ist grundsätzlic. Wir haben die Polen nicht unterdrückt, sondern sie aus Lizen zu Menschen gemacht. Die Entfaltung der Macht des Reiches kann nur auf Kosten anderer erfolgen. Seien Sie in politischen Dingen nicht sentimental, sondern hart; sonst können sich viele Gebildete der Bewegung nicht anschließen. Frau Dr. Gnauck-Kühne bedauert, daß der neue Entwurf Kaumanns die Frauenfrage nicht aufnimmt. Der Entwurf erwähnt zwar die „arbeitenden“ Frauen, aber auch für die Kommunistenwähler besteht eine Frauenfrage, die Frage der Ausfüllung des Lebens mit nützlicher Arbeit.

Die weitere Debatte beschließt sich wiederum fast ausschließlich mit der Frage, ob irgend ein Hinweis aufs Christentum in das Programm soll.

Ein christlich-sozialer Arbeiter wünscht, daß der Name „Christlich-Sozial“ beibehalten werde. Jedenfalls müsse man energisch das Christliche betonen. Dann werde man auch Arbeiter bekommen. Der Stamm dazu sei vorhanden. Aus den Reihen der Sozialdemokratie dagegen werde man sobald keine Anhänger gewinnen — und damit wird der Mann recht haben!

Mehrfach wird dagegen betont, daß die sozialistischen Forderungen nicht aus dem Christentum stammen, sondern aus wirtschaftlichen und bürgerlichen Ueberzeugungen.

Prof. S o h n meint, daß die „Schilberer“ allein die geistige Wehrkraft des Volkes bilden. Darum kommt es auf deren Stellung zu uns an. Sie sind „das Volk“, die anderen sind die geistig ohnmächtigen Massen. Wir vertreten die Interessen des Arbeiterstandes nicht jenseitigen, sondern der Gegenwart wegen.

Arbeiter Ros aus Frankfurt meint, es gäbe zahlreiche Kommunisten, aber die Sozialdemokratie in den höheren Ständen nähme dem Arbeiter das Christentum.

Prof. Boullier schlägt vor, folgendes zu beschließen: „Bei unsern Arbeiten wissen wir uns bestimmt vom Geist des Christentums, ohne daß uns dies hindert, jeden als willkommenen Mitarbeiter anzuerkennen, die unsere Ziele sozialer Erneuerung als die ihren anerkennen.“ Dadurch soll auch Katholiken und Nichtchristen die Thür geöffnet werden.

H. v. Gerlach wendet sich gegen Professor Weber. Sowohl das eigentliche Bürgerium als auch der Feudalismus sei rational. Man könne sich weder dem einen noch dem anderen anschließen. Die Politik des Feudalismus könne wir nicht verlassen, am wenigsten das Christliche. Herkommen und Traditionen kultivieren.

Der frühere „Sozialdemokrat“ Lorenz aus Leipzig ist ebenfalls für das Christentum. In den Ausführungen Webers hat er manches Gute gefunden. Das Christentum sei häufig zu sozialen Reformen geneigt. Der mittelere Unternehmer könne das gar nicht ergehen dabei zu Grunde. Dies sei aber kein Schade, wenn Tausende von Arbeitern dadurch in ihrer Lebenslage gehoben werden.

Die Versammlung beschließt hierauf, an den gemäßigtesten Sprecher Werner ein Delegation zu richten, in dem man der Hartnäckigkeit Ausdruck giebt, daß die Zeit kommen werde, wo auch den evangelischen Geistlichen die staatsbürgerlichen Rechte garantiert seien. Redakteur D e r m i n d e r wendet sich ebenfalls gegen Professor Weber. Im Gegensatz zu Gerlach vertritt er das Kaumannsche Programm, nicht das des Ausschusses. — Der abends stattfindende Parteitag wird wegen der Verhandlungen um 10 Uhr beendet. Die Diskussion trägt bis zum Ende der Sitzung bis zum Schluß das lebhafteste Interesse der Versammlung. — Im Laufe des Tages liefen zahlreiche Begrüßungstelegramme ein. — Es sind offiziell erschienen 114 Delegierte aus 55 Wahlkreisen. Auch die Presse ist sehr zahlreich durch Berichterstatter, darunter mehrere ausländische, vertreten.

Die abends stattfindende öffentliche Versammlung von Delegierten und Gästen ist gefüllt. Musikstücke wechseln ab mit einigen Ansprachen. Frau Graud hält eine eifrige kleine Rede, Professor Sohn schlägt die Sozialdemokratie auf.

Dienstag ist eine geheime Besprechung der Geldgeber der Zeit, worauf um 9 Uhr die Programmberatung fortgesetzt werden soll.

M. P. Erfurt, den 24. November.

Nachdem heute morgen eine geschlossene Versammlung der Geldgeber der Zeit stattgefunden hat, beginnen um 9 Uhr die Weiterverhandlungen über das Programm.

Pastor Kröber aus Leipzig: Wir müssen zur Klarheit kommen, wollen wir eine Interessenpartei oder eine Volkspartei? Wir wollen dem vierten Stande helfen, um der Nation willen. Das Volk verendet unter dem heutigen System. Die Einwände, die gegen die Aufnahme des Christentums gemacht worden sind, kann ich nicht teilen. Weil wir die Nation wollen, wollen wir das Christentum. Freilich möchte ich das Christentum nicht zur Voraussetzung der Zugehörigkeit zu unserer Vereinigung machen, aber erwähnt muß es im Programm werden. Ich würde es nicht für gut halten, wenn sich die Juden auch unserer Bewegung bemächtigen, wie sie es beim Freisinn getan haben.

Pastor Göhre: Es giebt keine Brücke zwischen Christentum und Politik. Ich würde das Christentum vielleicht nicht ins Programm nehmen. Aber wir müssen auf unsere Vergangenheit Rücksicht nehmen. Wir sind vom Christentum zur Sozialpolitik gekommen. Wir sollten daher unserer christlichen Weltanschauung Ausdruck im Programm geben, schon als Merkmal des Gegenjahren zur Sozialdemokratie. Weiter empfiehlt er die Aufnahme der Frauenfrage. Den § 4 des Kaumannschen Entwurfs (Vergrößerung des Anteils der Arbeit am Gesamtvertrage der Volkswirtschaft) empfehle ich. Zudem wir der „Arbeit“ dienen, dienen wir dem nationalen Ganzen. Im vierten Stande liegt die Zukunft unseres Volkes. Die Kraft der Zukunft liegt im Sozialismus. Dieser beginnt, sich in der Form des Marxismus zu überleben. Wir wollen aber den fortgeschrittenen Sozialismus vertreten.

Schneidergeselle Eichenroth meint, mit dem christlichen Fortschritt werde man die Arbeiter nicht gewinnen. Diese würden erklären, vom Christentum können wir nicht leben. Ziehen Sie die Glacehandschuhe des Christentums aus und arbeiten Sie praktisch für die Arbeiter, dann werden sie Ihnen folgen.

Vertreter Barrn aus Frankfurt a. M. will Entgegenkommen gegen die evangelischen Arbeitervereine und daher Beibehaltung des Christentums. Die Sozialdemokraten sind noch zum großen Teil christlich; meiden Sie aber das Christentum, dann werden wir die Sozialdemokraten erst recht nicht gewinnen.

Prof. S o h n, der abgereist ist, läßt durch den Vorsitzenden erklären, daß er von der Aufnahme des Christentums seine weitere Mitarbeit abhängig macht.

Vor der Abstimmung spricht noch Kaumann: Er hat den Prof. Weber verstanden, daß man im Programm aussprechen soll, „wir wünschen die großindustrielle Entwicklung Deutschlands“. Dem Gedanken gänge ich zu, aber ins Programm gehört dies nicht. Auch mit den Ausführungen über Feudalismus und Bürgerium sympathisiere ich. Er beantragt sodann mehrere Abänderungen seines eigenen Entwurfs. Die Frauenfrage sollte aufgenommen werden. Meine Fassung des die Religion betreffenden Paragraphen halte ich für die beste, glaube aber, nicht damit durchzubringen.

Es folgt nun die Abstimmung über die Aufnahme des Christentums. Alle die zahlreichen Anträge, die auf dessen Ausschließung aus dem Programm zielen und nur betonen, daß die säkularen Paragraphen aus christlichem Geiste fließen, werden abgelehnt. Unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wird der Antrag Kaumann-Kröber:

„Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christentum, das nicht zur Parteifache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinheitsliebe bewähren soll.“

Bei der nun folgenden Spezialberatung wird der neue Kaumannsche Antrag zu Grunde gelegt. Die Beratung desselben wird vorläufig bis zum Abend dauern. § 1 wird nach längerer Debatte unüberändert angenommen, worauf um 1/2 die Mittagspause eintritt. Für den Abend ist eine geistliche Jubiläumssitzung der Delegierten für morgen (Mittwoch) die Beratung der Organisation beabsichtigt.

Politische und sozialwirtschaftliche Ueberblick

In dem Zeugnisverfahren gegen die Amberger Volkspartei wegen Verherrlichung eines militärischen Erfolgs wurde eine **Sausatzung** nach dem Manuskript vorgelesen, die natürlich ergebnislos blieb. — Bei den **Gemeindevahlen** in Jülich wurden fünf

Freisinnig-Nationalliberale, vier Sozialisten, drei Volksparteiler gewählt. Das dortige Kollegium wird aus einer demokratisch-sozialistischen Mehrheit von 21 Stimmen gegen 18 Freisinnig-Liberale bestehen. — Bei den am 21. d. M. stattgehabten **Stadtvorwahlen** in Ronneburg eroberte die Sozialdemokratie, die bisher unvertreten war, von vier Mandaten drei.

Die **Hauptverhandlung** gegen den „Journalisten“ Heinrich Bedert und Genossen wird am Mittwoch, den 2. Dezember d. Js. vor der 3. Strafkammer des Berliner Landgerichts I stattfinden. Es ist Ausschluß der Öffentlichkeit beantragt worden. — Wegen Mangels an Mitteln hat die Aktienzuckerfabrik in Braunschweig den **Betrieb eingestellt**. Eine große Anzahl Arbeiter wird dadurch brotlos. — Die **Zurückweisung** beschönigt. Finanzminister Mequel hat kürzlich einer Lehrerabordnung, die sich wegen des Besoldungsgesetzes an ihn gewandt hat, erklärt: An den festgelegten Beträgen sei nichts mehr zu ändern; die Finanzlage sei keine so günstig, wie sie geschilbert werde. Es gelte erst eine gesetzliche Unterlage zu schaffen, auf der dann später gebaut werde, wenn die Landwirtschaft durch Erzielung höherer Getreidepreise sich in besserer Lage befinden würde. Die Gehälter vieler Unterbeamten seien weit geringere. Er rate dringend, dem Entwurfe keinerlei Schwierigkeiten zu machen, denn ein Teil der Abgeordneten wolle einem Besoldungsgesetz nur im Rahmen eines allgemeinen Schulgesetzes zustimmen. Von dieser Abspaltung werden die Lehrer wenig erbaut sein, zumal für Meer und Marine zur Zeit ungeheure Summen gefordert werden. — Die **Wirtschaftspolitischen Blätter**, auch ein Unternehmen des Bundes der Landwirte, lassen sich schreiben, daß die **jetzige Preissteigerung für Getreide** nur ein künstliches Experiment, das Ergebnis einer gegenseitigen Verabredung zwischen den internationalen Getreidegroßhändlern sei, welche wieder einmal ein Jahr lang den Landwirten höhere Preise zugestehen wollen, „um dadurch die agrarische Bewegung wieder abzuschwächen“. Es sind doch sonderbare Käuze, diese Agrarier! — Die **Eisenbahndirektion Kattowitz** hat dem Leipziger Tageblatt zufolge die **Einstellung** aller nicht deutsch sprechenden Hilfsbeamten angeordnet. — Bei der Vereidigung der **Marinerekruten hielt der Kaiser eine Ansprache**, die nach dem Berliner Sozial-Anzeiger ungefähr wie folgt lautete: „Matrosen! Der Eid, den Ihr geschworen, ist die Grundlage der Disziplin. Ohne Gott und Religion giebt es keine Disziplin. Macht Euren Vorfahren in des Kaisers Rod Ehre. Ein Feind ist vorläufig nicht zu fürchten, kommt aber einer, dann werdet Ihr ihn unerschrocken, ohne Furcht gegenüber stehen.“

Oesterreich-Ungarn.

Eine Rundgebung der **Budapester Arbeiter** für das allgemeine Wahlrecht.

Die sozialistischen Arbeiter in Budapest hielten trotz polizeilichen Verbotes den als Demonstration gegen das Censur-Parlament und für das allgemeine Stimmrecht veranstalteten Spaziergang über die belebtesten Straßen. An der Promenade nahmen mehrere Tausend Arbeiter mit Frauen und Kindern teil unter Abfingung von Liedern. Die Polizei, geschult in blutigen Wahlkämpfen, sprengte die Demonstranten auseinander und nahm mehrere Verhaftungen vor. — **Italien.**

Streik der Schriftgießer.

Die Schriftgießer in Mailand und Florenz stellten sämtlich, in Genua teilweise die Arbeit ein. Die Schriftgießer in Turin und Bologna treten auch in den Streik ein, falls die Prinzipale die Lohnerhöhung ablehnen. —

Her Jude.

Dieses Entengemälde aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts von G. Spindler.

Johid zeigte auf das Kreuz an seinem Stamme, und Joshai, durch diese Gebärde außer sich gebracht, schlug Schlag dagegen geföhrt, wenn ihn nicht... geföhrt.

„Was thust Du, Kopf?“ rief er dem zornentflammten Greise zu, während Josai ihn höhnisch angriffte.

„Läßt ihn doch,“ sprach Josai, „laß ihn, Ben David. Es gäbe noch eine Klage mehr von Gotteslästerung und Freuzentwörung. Die Sitade hinst sich über die auf dem Kopf, ohne daß ich etwas thue dazu. Der Hals ist auch, den man gebunden in Genua... er hat gedoppelt wie eine Ästler, und auch gemacht Heiler und Seher von der Blutzapharade. Baratah ist es durch ernsthaften Brauch der Jüdenheit zu Worms, die immer offen handelt und ehlich gegen die von Gott eingesetzte christliche Dornigkeit. Laß Du, Ben David, laßest den haben geföhrt, der Ihr zu jähmlich erachtet habt. Da Baratahmann, dem Da des Anstlers abgehörten, ist gar wohl bekannt, und was Euch Baratah bringer zu Schanden. Ihr seid verloren, und wir klaret das hat als Mensch und als Christ, dem der Gott, den ich jetzt erachtet, will nicht, daß der Sünder sterbe, wie ihn sterben läßt das Gesetz.“

Ben David und Joshai, abgelenkt von Josai's unheilbringender Rede erwidert, warfen ihm einen Blick der Verachtung zu und schwiegen.

„Nehmet es daher meiner Gebarmis pagne,“ rief der Heidenische fort, „daß ich jetzt komme zu Euch, ein Vater der ewigen Milde, des Fürsten der Barmherzigkeit. Zwei Wege thun sich vor Euch auf, zum Leben. Sehen Sie, ein Jude hat sich geföhrt los von Schandpharatah... ein Streik. Baratah und Ihr das Mittel. Baratah... wo Ihr vergraben habt Euer Geld, das die

Südens wenig hat man gefunden bei Euch. Hab' ich Euch gebracht in Babylon durch des hochgelobten Gottes Fürbitte und Wille, kann ich Euch auch bringen wieder heraus durch die Kraft der Mahanune, der die Götzen jelden widerstehen.“

„Deine Wutwörter willst Du sagen, abscheulicher Kamin!“ rief Joshai, dessen Gesicht sich bei der bloßen Erwähnung an Josai's Uebertritt trampfhaft verzog. Der Geiseltene maß den Fürmenden mit den frechen Augen und wendete sich alsdann wieder mit fragendem Blick zu Ben David.

Dieser, nachdem er den Vater durch eine stännde Gebärde veranlaßt, Ruhe zu halten, sprach nicht ohne Bewegung. „Jetzt erst giebt sich bloß der Heißhunger des Gerichts und der Deine nach meinem Goide und meiner andern geringen Habe. Aber ebenso wenig als mich werden verurtheilen die gerechtigsten Martern zu betreten eine Sünde, die ich nicht begangen, ebenso wenig soll mich überreden Deine Zunge, die des Samsaels, zu bezeichnen den Ort, wo ich vergraben und verborgen, was mein ist. Das Wert hat an Silber Gold und Edelstein, ist ein tennr, denn dessen leben wir arm, verachtetes Boll. Gnom würde uns ja mißgönnen die Erst, so wir atmete, hätte wir nicht Stein und Metall, seinen Wästen zu höhren. Darum verurtheilen wir mit dem Leben unsern kleinen Schatz, eben weil er ist unser Leben. Aber einen Schlüssel dazu will ich Dir geben, so fern Du mir giebst Laster von dem größten Schatz, den ich besitze, von meiner Laster Eifer. Ist auch sie geraten in die Hände von Amalot durch Deinen treulichen Mund? Sind auch ihre jarten Glieder bedroht von der Föhner und Schmach? Das erste Geschöpf... es seh ja von nichts. Unschuldig ist es geworden zur Welt, unschuldig wird es gehen von dem Leben. Oder hat sich des Wägelens etwa bemächtigt Deine geringe Laß? Geh mir Gerechtigkeit, und ich will nicht herantreten der Jone des sterben und eifrigen Gottes auf Dein Haupt. Gerechtigkeit über Eifers Schindal — sei's die unangenehm — gieb dem treuernden Vater!“

„Was thust's leid,“ erwiderte Josai, der bei all diesen Reden behändig Josai's einen nach dem andern an den Augenlidern

keit beengten Haltung an den Tag gelegt hatte, „das Wädel geht wie Ihr entgegen dem Stöcker und seiner Flamme.“

„Halte mich, Herr in Israel!“ rief Josai, während Ben David erschrocken nach Josai's Hand griff.

„Ich will verkrummen, ist's nicht wahr,“ beteuerte dieser letztere led, „Eifer ist in Duschhaft verfallen mit einem rechtgläubigen Jüngling. Der unbesonnene Altbürger, der jüngst Euch und Eure Dirne allen Gesezen zum Trost verteidigte, hat sie aus der Stadt gebracht und hält sie irgendwo versteckt zu eigener Kurzweil.“

„O, Ihr ewigen Scharen der Elohim!“ seufzte der gebeugte Greis Josai. „Also hat die krumme Schlange eine von Zion's Töchtern mit Schmach bedeckt. Sohn, Sohn, Vater Deiner Esther! Wie wirst Du bestehen vor dem Fürsten des Gerichts und dem Throne des Messias, da Du durch Deinen Eijentopf all das Unheil, das wir erleiden und befürchten, erzeugt hast!“

Ben David machte eine heftige Bewegung und unterbrach den Vater lebhaft: „Reide ich nicht wie Du, Kopf, und befürchte ich weniger? Hab ich Dich nicht geehrt und geliebt wie ein gerechter Behor? Wäht Du nicht darum auch willigen, zu teilen meine Not? Wir haben zusammen gewonnen Geld, Gut und haben geteilt manche Frende. Laß uns thun ein Gleiches mit dem Reide. Nicht meine Schuld... die Klage hat uns hierher gebracht, und der hochgelobte Gott, dessen Herrlichkeit unser Haupt berührt, und Deine Fingerspitzen, so Du mich segnest, wird uns nicht unkommen lassen durch die Ungläubigen. Schrecklich wäre es, wenn Eifer in den Striden läge der Wollust, der Duscherei mit einem fremden Manne... aber es heißt in den Büchern der Väter: So Dich einer einmal belogen und falsch Zeugnis gegeben von Dir, so glaube ihm nicht ein ander Mal, und nicht ein drittes Mal und nicht zum hundertsten Male, denn die Zunge desselben ist ein schlecht Stid Fleisch, das verdorren wird im Thale der Auferstehung.“

(Fortsetzung folgt.)

Spanien.

Aufstand. — Kranke Soldaten.

In der Provinz Cantabres ist eine Schar Aufständischer erschienen. Die Aufständischen bemächtigten sich der Stadt Mahamo. Einzelheiten fehlen. Major Arceaga schlug mit 700 Mann eine Abteilung Aufständischer, welche 20 Tote und zahlreiche Verwundete hatte. General Dianos ist nach Manila zurückgekehrt. — General Wepler ist nach Havana zurückgekehrt. Dort liegen über 14 000 kranke Heeresangehörige. —

Australien.

Menschenhandel.

Aus Sidney meldet das Reutersche Bureau: Nach Meldungen von den Neuen Hebriden werden die Eingeborenen in Massen auf die Schiffe der Handelsreisenden zum Preise von 6 bis 10 Pfund Sterling (120—200 Mt.) pro Kopf verkauft. In einzelnen Fällen werden die Eingeborenen grausam mißhandelt. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Cigarrenarbeiter in Halle a. S. ersuchen wegen ausgebrochener Differenzen Arbeitsangebote nach dort hin vorläufig abzulehnen. — In Krefeld haben gegen 300 Färber der Firma C. E. Kallter wegen Lohnhöhen eingestellt. — In der Fahrrad-Fabrik von Bruno Birzgiebel in Leipzig-Neudnitz sind Differenzen ausgebrochen. —

Militärische Nachrichten.

Veröffentlichung eines Soldatenbriefes. Vor der Strafkammer in Ulm wurde am Dienstag gegen den Lehrer Hinderer von Fünsterloeh und die Rebateure Schmidt-Stuttgart, Schwarz-Ulm und Hänle-Heidenheim wegen Preßvergehen verhandelt. Es handelte sich um die Veröffentlichung eines Soldatenbriefes, den der Grenadier Koch von Fünsterloeh an seine Eltern geschrieben und in welchem er über die Behandlung des verstorbenen Grenadiers Baumann berichtete, dessen Tod angeblich durch Ueberanstrengung erfolgt sein soll. Hierin sah das Regiments-Kommando des Grenadier-Regiments eine Beleidigung des Feldwebels Schmid, in dessen Kompanie Baumann stand. Durch die Zeugenaufnahme wurde festgestellt, daß Baumann schon mehrere Tage vor seinem Tode sich unwohl fühlte (Kopfschmerz), daß er nach der am Nachmittag vor seinem Tode mitgemachten Übung sich äußerte: „Wenn ich nochmals so geschlaucht (geschunden) werde, muß ich sterben.“ Diese Übung bestand darin, daß die Kompanie, in der Baumann stand, drei Viertelstunden lang Gewehrübungen machen mußte, ohne daß Feldwebel Schmid auch nur einmal hatte „röhren“ lassen; ferner ist bezeugt, daß Schmid Redensarten gebrauchte wie „ich zerrrete euch“, „Ihr müßt euch krümmen wie ein Wurm.“ Im übrigen sei bemerkt, daß der Zuhörer unbedingt den Eindruck gewann, daß die Zeugen — wie gewöhnlich — nicht recht herauswollten mit der Sprache. — Der als Sachverständiger anwesende Oberstabsarzt Dr. Albrecht konstatierte, daß der Tod des Baumann untrüglich durch Genickstarre erfolgt sei; es seien sogar die Anzeichen vorhanden gewesen, die sonst bei einem raschen Verlauf der Krankheit fehlen. Auf Befragen giebt Albrecht zu, es sei möglich, daß der Verlauf der Krankheit durch die Übung am vorangehenden Tage beschleunigt worden sein könne. Sonnabend, den 28. d. Mts., findet die Urteilsverkündung statt. —

T hut Buße. Zu der Meldung über ein in Marburg am Bußtag ausgefochtenes Pistolenduell zwischen zwei auswärtigen Offizieren stellt der in der Mitteilung genannte Herr Hauptmann v. Gontard in einer Zuschrift an die Frankfurter Zeitung (der wir fragliche Notiz nachgedruckt haben) richtig, daß der Anlaß zum Duell durch eine ganz interne Familienangelegenheit hervorgerufen und mit der Frau des nicht genannten Gegners in keinerlei Beziehung zu bringen ist. —

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Der Kaufmann Robert Wolter hier selbst ist bereits einmal mit sechs Wochen Gefängnis wegen Beleidigung eines Polizeikommissars vorbestraft. Am 29. und 30. August d. J. beschimpfte er denselben wieder und zieh ihn des Meineides. Der Angeklagte, der bereits wiederholt längere Zeit in verschiedenen Zuchthäusern untergebracht gewesen und als gebessert entlassen ist, soll wie die Verteidigung behauptet, wieder einmal geistesgestört gewesen sein und in diesem Zustande die Straftaten begangen haben. Auf Grund des Gutachtens des Professor Dr. Unverricht war dies jedoch nicht der Fall, daher verurteilte der Gerichtshof Wolter wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen zu 3 Monaten Gefängnis und sprach dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zu. —

§ Magdeburg. (Gewerbegericht.) Der Hausdiener W. klagt gegen den Restaurateur Müller (Kryhallpalast), weil er von diesem ohne Kündigung entlassen ist. Er beansprucht f. zwei Wochen Lohn, Kost und Logis, zusammen 33 50 Mark. Kläger sollte am 1. d. Mts. beim B.-Klagen antreten, er arbeitete aber schon einen Tag früher dort und wurde dann am Abend desselben Tages ohne Grund wieder entlassen. Beklagter wird verurteilt, an den Kläger 33.50 Mark zu zahlen. — Der Kellner Sch. ist von dem Hotelier Liebrecht (City-Hotel) statt am 23. d. Mts., an welchem Tage die gesetzliche Kündigungsfrist ihr Ende erreichte, schon am 11. d. Mts. entlassen. Er beansprucht für 13 Tage Lohn, Kost, Wohnung und Trinkgelder zusammen 37 50 Mark. Kläger hatte sich einmal entfernt, um sich etwas Lebensmittel zu holen. Beklagter wird verurteilt, an den Kläger 37.70 Mark zu zahlen. — Der Kellner D. ist von dem Restaurateur Knopf (Zum Kröfenthor) ohne Kündigung entlassen worden; er beansprucht deshalb für 14 Tage Lohn, Kost und Trinkgelder zusammen 47 Mark. Kläger ist deshalb entlassen, weil die Kasse nicht stimmte und stellt Beklagter den Ansprüchen des Klägers eine Gegenforderung von

4 Mark entgegen. Beide Parteien vergleichen sich auf 26 Mark, die der Beklagte zu zahlen hat, außerdem läßt letzterer seine Gegenforderung fallen. —

Verurtheiltes.

Die Staatsschuld Preußens betrug im Jahre 1860 225 3, 1865 252 8, 1870 424 3 Mill. Thaler, 1875/76 899 2, 1880/81 1490,0, 1885/86 3905,1, 1890/91 4775,8 und 1894/95 6386,0 Millionen Mark. Zur Verzinsung dieser Staatsschuld, die inzwischen auf 7 Milliarden angewachsen ist, braucht Preußen insgesamt 350 Millionen Mark jährlich. —

Ein Liebesdrama wird aus Dresden gemeldet. Dort erschöpfte in der Nacht zum Dienstag ein 20jähriger Buchbindergehilfe in seiner Wohnung in der Ostbahnstraße seine 22jährige Geliebte, die bei einer dortigen Herrschaft bedient war, und dann sich selbst. —

Opfer der Unvorsichtigkeit. In Ertrath im Kreise Düsseldorf schüttete die Frau eines Bahnbeamten zur Aufschaltung eines Feuers Petroleum in ihren Herd. Die Petroleumlampe explodierte und die Frau sowie ihr sechs Wochen altes Kind fanden Feuer. Beide sind an den Folgen der erlittenen Brandwunden gestorben. —

Der belgische Gesandte im Haag, Graf Degrelle wurde beim Radfahren durch einen Postwagen überfahren und schwer verletzt. —

Nach einem Streit mit seiner Schwiegermutter kroch am Sonntag der Bäckermeister Lacour in Narbonne in den glühenden Backofen. Ein Gefelle, der kurz darauf hinzukam, zog ihn zwar sofort aus dem Ofen, aber der Meister hatte bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Spital gebracht werden mußte. —

Die Nutzen einer Stadt sind in Mexiko von William Miven, einem Mineralogen aus New York, nordöstlich von Chiapas entdeckt worden. Die noch vorhandenen Reste von 22 Tempeln und von vielen Gebäuden lassen darauf schließen, daß diese Stadt von ziemlich großer Ausdehnung gewesen ist. Miven berichtet ferner, daß in der Schlucht von Tlatlaco ein großer Tempel gestanden haben muß, und daß sich auf dem Hügel von Potrerio verschiedene Pyramiden befinden, von denen eine 60 Fuß hoch ist. —

Ueber die neueste Anwendung der Röntgen-Strahlen schreibt La Nature: Ein Amerikaner hatte Teile einer ägyptischen Mumie gekauft, an deren Echtheit einige seiner Freunde zweifelten. Einer von diesen ging so weit, zu sagen, daß die Hand der Mumie nur eine gut ausgeführte Nachahmung sei, bestehend aus altem Stoff, auf dem die Echtheit dieser Hand zu beweisen, ohne sie zu zerstören, ließ er sie mittels Röntgen-Strahlen durchleuchten. Der Versuch gelang, denn deutlich konnte man die Knochen der Hand erkennen. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 25. November 1896.

Die Versammlung, in der Pfarrer Lepsius über die Megeleien der Armenier referierte, war von circa 600 Personen, darunter sehr viel Frauen, besucht. Die Geistlichen mochten in ihren Kreisen eifrig agitiert haben, auch waren die Mitglieder der christlichen Arbeiter- und Jünglingsvereine stark vertreten. Der Versammlung war ein völlig religiöses Gepräge aufgedrückt — man glaubte sich in einer Bethalle. Nach einigen einleitenden Worten eines der hiesigen Geistlichen, der sich ängstlich um die Frage drückte, ob die armenische Bewegung eine politische sei, sprach Pfarrer Lepsius eine volle Stunde. Auch er vermied sorglich, auf die politischen und sozialen Verhältnisse in der Türkei einzugehen, obgleich er zugab, daß die Bewegung nurechtlich vom politischen Standpunkt aus beleuchtet werden mußte. Pfarrer Lepsius beschränkte sich auf die Schilderung der Schrecklichkeiten und deren Folgen, besprach die angeblichen Reformen der türkischen Regierung und appellierte an die Mithätigkeit der Anwesenden, die Hinterbliebenen der Gemordeten zu unterstützen. Das war der Zweck dieser Versammlung, die jeden politischen Charakters entbehrte. Einen so kläglichen Ausgang hatten wir erwartet. Die Furcht, anzukommen, bewog den Referenten, die armenische Frage vom rein religiösen Standpunkt aus zu betrachten. Nur einen kleinen Anlauf verurteilte er — es galt der Presse, die über armenische Verhältnisse jährenlich das Volk im unklaren gelassen und den Armeniern noch in den Rücken gefallen sei. Diese Erklärung beweg den Genossen Schmidt, der als Vertreter der Presse anwesend war — die gesamte Arbeiterklasse war der Versammlung fern geblieben — dem Herrn Pfarrer persönlich die Stellung der Sozialdemokraten zu der Armenierbewegung auseinanderzusetzen. Eine diesbezügliche Erklärung abzugeben, wurde nicht gestattet. Pfarrer Lepsius sah sich hierauf veranlaßt, bezeichnend seinem Vortrag anzuschließen, daß nur die liberale und sozialdemokratische Presse sich der Armenier angenommen habe, eine Erklärung, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Pfarrer Lepsius nannte auch die konfessionslose Presse, aber er weiß nur zu gut, daß diese Presse vereint mit der nationalliberalen Presse die Hinführung der Armenier verlangt, die als Rebellen hingestellt worden sind. Dann wurde geantwortet. Obgleich der Vorsitzende das Verbot der Kollekte in Erinnerung gebracht, wonach das Sammeln ohne vorherige Genehmigung untersagt, wurden den Versammlungsleitern Gelder zugebracht. Seitens der Polizei wurde dies nicht verhindert. Wir anerkennen dies. Wünschen nur, daß auch in sozialdemokratischen Versammlungen in gleicher Weise verfahren werden kann. Wir haben vielleicht demnächst Gelegenheit, in gleicher Weise für die Angehörigen der streitenden Parteien in Hamburg zu wirken. —

Ein Schussverbrechen in Bezug auf polizeiliche Mißhandlung. Vor dem Geßel, so wird der freimüthigen Zeitung geschrieben, sollen alle Deutsche gleichmäßig Gerechtigkeit finden. Wo aber bleibt dieselbe, wenn man so oft aus den Gerichtsverhandlungen erzieht, wie gelinde die Polizisten bestraft werden wegen nachgewiesener Mißhandlungen des wehrlosen Publikums. Wie schwer aber ist für letztere der Nachweis, da den Polizisten mitunter mehr geglaubt wird. Wie ganz anders fallen erst die Strafen aus, wenn ein Bürger sich einmal an einen Polizisten vergreift. Der Beamte sollte doch als mit öffentlicher Autorität bekleidet freis schwerer bestraft werden! Wenn dieser Grundsatz Geltung fände, würde man nicht täglich von neuen Mißhandlungen lesen. Einmüthig glauben, daß Mangel an Mitteln manchen zurückhält, in Mißhandlungen fallen Lage gegen Polizeibeamte zu erheben. Dazu bedürfte es eines Schutzverbandes für polizeilich Mißhandelte. Wir werden uns diesem Schutzverbande nicht anschließen. Die Sozialdemokratie ist die beste Schutzwehr gegen alle Uebergriffe. Sie mögen kommen, von welcher Seite es auch immer sei. Immerhin kennzeichnen derartige Vorkläge die Situation am Ende des neunzehnten Jahrhunderts. —

Die Polizeibeamten in Hamburg sind angewiesen worden, gegen das Publikum mit größter Höflichkeit und Toleranz zu verfahren und sich keinerlei Uebergriffe schuldig zu machen. Der Erlaß ist gewiß recht zeitgemäß. —

Wir haben heidenmüthig viel Geld. Donnerstag soll

die Stadtverordnetenversammlung einen gemischten Ausschuss zur Vorbereitung der Denkmals-Entwässerung wählen. Welche Summe der Ausschuss hierzu fordern, werden wir später sehen. —

Einführung einer obligatorischen Reichenschen. In einer Sitzung des Reichsamts des Innern, welche kürzlich unter Beteiligung von Vertretern der interessierten Ministerien stattfand, wurde beschlossen, Erhebungen über die Kosten anzustellen, die mit der Einführung einer obligatorischen Reichenschen in Preußen verbunden wären. Beteiligt in der Angelegenheit sind in erster Linie das Kultus- und Finanzministerium. Bekanntlich wird in medizinischen Kreisen die Einführung einer obligatorischen Reichenschen namentlich im Interesse der längst als überaus wichtig erkannten Medizinalstatistik seit langem gefordert. Eine einheitliche Regelung dieser Angelegenheit würde namentlich von den Ärzten mit Genugthuung begrüßt werden. —

Für Civilmilitär wichtig. Die Eisenbahndirektion zu Hannover hat ihren Beamten das gewerbsmäßige Musikmachen im allgemeinen und besonders auch das Musikmachen in öffentlichen Lokalen gegen Entgelt grundsätzlich untersagt. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot sollen unmissverständlich disziplinarisch geahndet werden. —

In der letzten Versammlung des Bezirksvereins Kaiser Friedrich wurde die von Königsberg i. Pr. ausgegangene Petition an den Bundesrat und Reichstag wegen des Duellwesens verlesen und unterschrieben. —

Verunglückt. Der Kapitän Chr. Ranprecht vom Dampfer „Deutschland“ der „Kette“ ist am 31. v. M. in Malzow in Böhmen verunglückt. Seine Leiche ist bis jetzt noch nicht aufgefunden worden. Etwasige Mitteilungen über die Auffindung der Leiche an Friedr. Naack-Magdeburg werden erbeten. —

Unfälle. Dienstag mittag gegen 2 1/2 Uhr rückte die Sanitätschwadron Budau nach der an der Elbe gelegenen Magistratsstraße, um einen bei der Arbeit zu Fall gekommenen und am Kopfe verwundeten Arbeiter dem neuen städtischen Krankenhaus zuzuführen. Der Knabe Bruno W. hat sich bei einem Stoß gegen die offene Stühentür eine Verletzung an der Stirn zugezogen, die eine Eiterung zur Folge hatte. Der Knabe fand Aufnahme in der altstädtischen Krankenanstalt. —

Die Direktion des Circus Krembsler ist eifrig weiter bemüht, dem Publikum neues zu bieten. Wie wir dem Jägerenteile ersichtlich ist, hat sie jetzt wieder den Zierbäniger J. Wagner gewonnen, der mit seinen vier gelehrten Elefanten auftritt. Die Dreier dieser Elefanten ist ausgezeichnet. Es erregt besonderes Interesse, diese Tiere in allen möglichen Stellungen und Lagen, dem Wink ihres Gebieters folgend, zu sehen. Die Vorführung der Elefanten finden rauchenden Beifall. Diese Nummer ist sicher eine neue Anziehungskraft für die Vorstellungen im Circus Krembsler, der in Magdeburg nur noch kurze Zeit gastiert. —

Brauerer Alendorf hat den „Hofjäger“ übernommen. Auch der neue Besitzer wird den „Hofjäger“ den Sozialdemokraten verweigern. —

Breslau. (Raubmord.) In Ples wurde der Rentier Wolf Cohn in seinem Comptoir ermordet und beraubt. Die Polizei hat drei Personen verhaftet und bereits während der Nacht zum Mittwoch mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen. —

Karlruhe. (Diphtheritis.) In verschiedenen Orten des Landes tritt die Diphtheritis stark auf. So mußten in Nichtenau die Schulen geschlossen werden. In Durlach verlor eine Familie ihre drei Kinder im Alter von 9, 7 1/2 und 6 Jahren. —

Lissa. (Wieder einer.) Der im Giftmordprozess gegen die Witwe Heinze Mitangeklagte Oskar Heilmann hier wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt, die Witwe Mathilde Heinze jedoch Dienstag Morgen 8 Uhr hingerichtet — glatt und sicher wie es in der Senationspresse heißt. —

Marburg. (Messerhelden.) Zwischen jungen Burschen im Alter von 16 und 17 Jahren kam es zu einer Messerfehde. Ein Bursche wurde schwer verwundet. —

Strasbourg. (Auf Menschen geschossen.) Ein französischer Wilderer wurde, wie die Strasbourg Post aus Mautsmünster meldet, am Sonntag durch einen deutschen Hegemeister erschossen, auf welchen der Wilderer zuvor mehrere Schüsse abgegeben. Ein Schuß hatte den Hegemeister verwundet. —

Stargard. (Unglück auf der Eisbahn.) Im benachbarten Dorfe Hentzenhagen sind die beiden elf und zehn Jahre alten Söhne des Lehrers Bank beim Schlittschuhlaufen ertrunken. Der Vorgesetzte, der die Knaben retten wollte, wurde nur mit knapper Not dem nahen Elemente entzogen. —

Antwerpen. (Schiffsuntergang.) Der Dreimastige Mark Gimball, der nach Kuba unterwegs war, ist im Atlantischen Ozean untergegangen. Der Kommandant, zwei Offiziere und zwei Matrosen sind ertrunken, die übrige Besatzung konnte gerettet werden. —

Brüssel. (Barbaren.) Mehrere Bauern des Dorfes Westerde haben einen schlafenden Dorfbesitzer, Namens Debonter, mit Petroleum begossen und ihn dann angezündet. Der Unglückliche verbrannte lebendig. Das Motiv der That ist Rache. Sechs Thäter wurden verhaftet. —

Triest. (Fohlbichthahl.) Aus dem Postamt von Torre bei Parenzo in Istrien wurde auf bisher unaufgeklärte Weise die eiserne Kasse geraubt, die bedeutende Geldsummen und Wertsendungen enthielt. —

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Verhandlung gegen die beiden der Ermordung des Justizrath Vohr beschuldigten Burjchen Werner und Großje wird am 1. Dezember vor der 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts I stattfinden, voraussichtlich in einem der beiden Schwurgerichtssäle.

Bremen. Die Hafensarbeiter haben ihre Forderungen formuliert. In drei Tagen will die Hafengesellschaft die Antwort geben. —

Hamburg. Ausgegeben sind 1270 Streikarten, davon 3108 an Verheirathete mit 7025 Kindern. —

London. Die Hamburger Schiffe werden in England nicht geladigt. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

An die Gewerkschaften. Das alte Jahr neigt seinem Ende zu. Es war ein Jahr voll rastloser Agitation. Welche Erfolge dieselbe gehabt, muß festgehalten werden. Wir bitten deshalb um Einreichung eines Situationsberichtes, welcher die Lage des Berufes in thapen Jügen schildert. Es ist anzugehen der Name der Organisation, der Mitgliederstand am 1. Dezember 1895 und 1896 (männliche und weibliche Mitglieder), die Zahl der unorganisirten Berufsgenossen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse — ob eine Veränderung gegen das Vorjahr eingetreten ist oder nicht. Zugleich erbiten wir eine kurze Uebersicht der im laufenden Jahre betriebenen Agitation. Je nachdem die Berichte eingehen, werden dieselben an dieser Stelle veröffentlicht. —

Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung. Die zu Montagabend nach der Reichshalle einberufene öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, welche wieder neuen Agitationsstoff für unsere Lohnbewegung im Frühjahr geben sollte, zeigte einen derartigen schwachen Besuch (ca. 150 Personen), daß man denken sollte, die Magdeburger Holzarbeiter lebten in den vorliegenden Verhältnissen. Ueber: „Unser Lohnkampf und wie haben wir hierbei vorzugehen“ referierte Kollege Mohs-Keipzig. Referent knüpfte an unsere Lohnbewegungen an und zeigte, wie verschiedene verloren gingen, daß die Leitung in unzureichenden Händen lag und die Organisation noch nicht den nötigen Rückhalt bot. Derselbe betonte ferner, von kleinen Forderungen lieber ganz abzulassen, da schließlich beim Handeln nichts übrig bliebe. Für den Abriandamentag mit aller Energie einzutreten, sei Pflicht familiärer Organisationen, da wir vom Parlament sowohl wie von der Regierung nichts zu hoffen haben. Der beste Beweis sei der Sturz des Ministers Verelisch und die geschickte jetzige Maximal-Arbeitszeit der Bäckereiarbeiter. Nachdem derselbe noch das Verhalten der Leipziger und Berliner Unternehmern bei den diesjährigen Streiks einer eingehenden Kritik unterzogen, wurden die Magdeburger Kollegen nochmals in fertigen Worten zum Ausbau ihrer Organisation, als Vorbedingung eines sicheren Sieges, aufgefordert. Die Neu- resp. Ernaywahl der Lohnkommission wurde, nachdem

